

S A T Z U N G

der
**S & T System Integration & Technology
Distribution AG**
mit dem Sitz in Wien

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

I.

Firma und Sitz

Die Firma der Gesellschaft lautet:-----

S & T System Integration & Technology Distribution AG

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Wien. -----

Die Gesellschaft ist berechtigt, im In- und Ausland Zweigniederlassungen zu errichten. -----

II.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist -----

- 1) Zweck der Gesellschaft ist die Investition von Vermögenswerten in Unternehmensbeteiligungen aller Art, sowohl im Inland als auch im Ausland. -----

Diese Investitionen erfolgen durch die Gründung, den sonstigen Erwerb, den Besitz, den Betrieb und die Veräußerung von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen jeder Rechtsform (Holding). -----

- 2) Der Handel mit Waren aller Art und die Vermittlung von internationalen Handelsgeschäften (Trading). ----

- 3) Systemintegration und Distribution neuer Technologien.-----

- 4) Die Gesellschaft ist daneben berechtigt, alle der Erreichung des Gesellschaftszweckes dienlichen Geschäfte und Tätigkeiten auszuüben. -----

Die Gesellschaft ist jedoch von Bankgeschäften im Sinne des Bankwesengesetzes ausgeschlossen. -----

III.

Dauer und Geschäftsjahr der Gesellschaft

- 1) Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Dauer errichtet.
- 2) Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

IV.

Veröffentlichungen

Veröffentlichungen der Gesellschaft erfolgen, soweit und solange auf Grund des Aktiengesetzes zwingend erforderlich im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“. Im Übrigen erfolgen Veröffentlichungen der Gesellschaft entsprechend den jeweils anzuwendenden Rechtsvorschriften. -----

V.

Grundkapital, Aktien

1) Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt EUR 23.170.034 (Euro dreiundzwanzig Millionen einhundert-siebzigttausendundvierunddreißig). Es ist in 11.585.017 (elf Millionen fünfhundertfünfundachtzig-tausendundsiebzehn) Stückaktien eingeteilt, von denen jede am Grundkapital in gleichem Umfang beteiligt ist. Jede Stückaktie gewährt das Recht auf eine Stimme in der Hauptversammlung der Gesellschaft. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt EUR 7.170.034,- (Euro sieben Millionen einhundertsiebzigttausendundvierunddreißig). Es ist in 3.585.017 (drei Millionen fünfhundertfünfundachtzigtausendundsiebzehn) Stückak-tien eingeteilt, von denen jede am Grundkapital im gleichen Umfang gleich beteiligt ist. Jede Stückaktie gewährt das Recht auf eine Stimme in der Hauptver-sammlung der Gesellschaft. -----

2) 3.585.017 Aktien lauten auf Inhaber und 8.000.000 Ak-tien lauten auf NamenDie Aktien lauten auf Inhaber. Trifft im Falle einer Kapitalerhöhung der Erhöhungsbeschluss keine Bestimmung darüber, ob die Aktien auf Inhaber oder auf Namen lauten, so lauten sie eben-falls auf Inhaber. Der Anspruch der Aktionäre auf

Verbriefung ihrer Anteile ist ausgeschlossen. -----

- 3) ~~Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital bis zum 24. Oktober 2016 um insgesamt bis zu EUR 11.585.016 (Euro elf Millionen fünfhundertfünfundachtzigtausendundsiebzehn) auf bis zu EUR 34.755.050 (Euro vierunddreißig Millionen siebenhundertfünfundfünfzigtausendundfünfzig) einmal oder in mehreren Tranchen durch Ausgabe von bis zu 5.792.508 (fünf Millionen siebenhundertundzweiundneunzigtausendfünfhundertundacht) auf Inhaber oder Namen lautenden Stückaktien teilweise oder zur Gänze gegen Bareinlage oder Sacheinlage zu erhöhen sowie die Ausgabebedingungen, insbesondere den Ausgabepreis und die Gewinnberechtigung festzulegen (genehmigtes Kapital 2011). Die Bezugsrechte der Aktionäre sind bis zu einem Ausgabebetrag von EUR 8.000.000 zugunsten der Quanmax AG (FN 190272m) und grosso holding Gesellschaft mbH (FN 123293p) ausgeschlossen. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Bezugsrechte der Aktionäre gänzlich oder teilweise auszuschließen. Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich durch die Ausgabe von Aktien aus dem genehmigten Kapital ergeben, zu beschließen. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats innerhalb von fünf Jahren ab Eintragung dieses Hauptversammlungsbeschlusses in das Firmenbuch das Grundkapital um insgesamt bis zu EUR 3,585.016,-- (drei Millionen fünfhundertfünfundachtzigtausendsechzehn) auf bis zu EUR 10,755.050,-- (zehn Millionen siebenhundertfünfundfünfzigtausendfünfzig) einmal oder in mehreren Tranchen durch Ausgabe von bis zu 1.792.508 (eine Million siebenhundertzweiundneunzigtausendfünfhundertacht) auf Inhaber lautende Stückaktien teilweise oder zur Gänze auch gegen Sacheinlage, jeweils auch unter teilweisem oder gänzlichem Ausschluss des~~

~~Bezugsrechts der bisherigen Aktionäre zu erhöhen und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen (genehmigtes Kapital). Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich durch die Ausgabe von Aktien aus dem genehmigten Kapital ergeben, zu beschließen.~~-----

VERFASSUNG DER GESELLSCHAFT

VI.

Vorstand

- 1) Der Vorstand besteht aus einem bis zu sechs Mitgliedern.
- 2) Die Bestellung der Mitglieder des Vorstandes erfolgt durch den Aufsichtsrat, desgleichen die allfällige Bestellung eines Vorsitzenden des Vorstandes. -----
- 3) Der Vorstand führt die Geschäfte der Gesellschaft nach dem Gesetz, der Satzung, sowie der vom Aufsichtsrat für den Vorstand erlassenen Geschäftsordnung. -----
- 4) Besteht der Vorstand aus zwei Mitgliedern, so werden die Beschlüsse des Vorstands einstimmig gefasst. ---

Besteht der Vorstand aus mehr als zwei Mitgliedern, so werden die Beschlüsse des Vorstands mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst.-----

Ist ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden des Vorstands ernannt, so steht ihm in beiden vorgenannten Fällen das Dirimierungsrecht zu. -----

Der Aufsichtsrat kann anordnen, dass ein wirksamer

Vorstandsbeschluss nicht zustande kommt, wenn der Vorsitzende des Vorstands, bzw. bei dessen Verhinderung der stellvertretende Vorsitzende, dem Beschluss widerspricht. -----

- 5) Die Gesellschaft wird, wenn der Vorstand aus mehreren Mitgliedern besteht, durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinsam oder ein Vorstandsmitglied gemeinsam mit einem Gesamtprokuristen vertreten. -----

VII.

Aufsichtsrat

- 1) Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei, höchstens zehn Mitgliedern. Die Mitglieder werden von der Hauptversammlung gewählt.-----

Wahlen in den Aufsichtsrat sowie den Widerruf der Bestellung zum Mitglied des Aufsichtsrats beschließt die Hauptversammlung mit einer Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen Stimmen. -----

Die Aufsichtsratsmitglieder werden, falls sie nicht für eine kürzere Funktionsperiode gewählt werden, für die Dauer der gesetzlich vorgesehenen Funktionsperiode bestellt. -----

Das Geschäftsjahr, in dem gewählt wird, wird nicht mitgerechnet.-----

Die Wiederwahl ist zulässig.

- 2) Jedes Aufsichtsratsmitglied kann seine Funktion unter Einhaltung einer vierwöchigen Frist auch ohne wichtigen Grund durch schriftliche Anzeige an die Gesellschaft zurücklegen. -----

- 3) Scheidet ein gewähltes Aufsichtsratsmitglied vor Ab-

lauf seiner Amtsperiode aus, so ist spätestens in der nächsten ordentlichen Hauptversammlung eine Ersatzwahl zu vollziehen. -----

Die Funktionsperiode des neu gewählten Mitgliedes endet mit dem Zeitpunkt, in welchem die Amtsdauer des ausgeschiedenen Mitgliedes abgelaufen wäre. -----

4) Der Aufsichtsrat gibt sich seine Geschäftsordnung selbst. -----

5) Der Aufsichtsrat kann durch Beschluss aus seiner Mitte Ausschüsse bilden. Ein Bilanzausschuss ist unter den Voraussetzungen des § 92 Abs 4 AktG (Paragraf zweiundneunzig Absatz vier Aktiengesetz) einzurichten. Aufgaben und Befugnisse von Ausschüssen sowie ihre allfällige Geschäftsordnung werden vom Aufsichtsrat festgelegt. Den Ausschüssen kann auch die Befugnis zu Entscheidungen übertragen werden.

6) Ein Prüfungsausschuss ist unter den Voraussetzungen des § 92 Abs 4a AktG (Paragraf zweiundneunzig Absatz vier litera a Aktiengesetz) einzurichten-----

VIII.

Innere Ordnung des Aufsichtsrates

1) Der Aufsichtsrat wählt jeweils aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter des Vorsitzenden. Ersatzwahlen für diese Funktionen sind ehestens vorzunehmen, wenn der Vorsitzende oder der Stellvertreter des Vorsitzenden aus diesen Funktionen ausscheiden. -----

Erhält bei derartigen Wahlen niemand die absolute Mehrheit, so erfolgt eine Stichwahl zwischen den Personen, die die meisten Stimmen erhalten haben. ----

- 2) Sitzungen des Aufsichtsrates werden durch den Vorsitzenden, bei Verhinderung desselben durch seinen Stellvertreter, schriftlich unter Bekanntgabe der Beratungsgegenstände einberufen. Schriftliche Einladungen sind mindestens zehn Tage vor dem Zeitpunkt der Sitzung zur Post zu geben. -----

In dringenden Fällen kann die Einberufung telefonisch, per Telefax oder per E-Mail unter Wahrung einer Frist von drei Tagen vor dem Zeitpunkt der Sitzung erfolgen.

- 3) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn Sitzungen im Sinne der vorstehenden Absätze ordnungsgemäß einberufen wurden und mindestens drei der nach dem Aktiengesetz oder der Satzung bestellten Aufsichtsratsmitglieder, darunter der Vorsitzende oder sein Stellvertreter, anwesend sind. -----

- 4) Beschlüsse des Aufsichtsrates bedürfen der einfachen Mehrheit der nach dem Aktiengesetz oder der Satzung bestellten bzw. gewählten anwesenden Aufsichtsratsmitglieder, sofern Gesetz oder Satzung nicht eine höhere Stimmenmehrheit vorsehen. -----

Bei Ermittlung der Mehrheit der nach dem Aktiengesetz oder der Satzung bestellten bzw. gewählten Aufsichtsratsmitglieder werden nur die abgegebenen Stimmen gezählt. Eine Stimmenthaltung gilt nicht als abgegebene Stimme. -----

- 5) Ein Aufsichtsratsmitglied kann für ein anderes, nicht anwesendes Mitglied des Aufsichtsrates eine schriftliche Stimmabgabe überreichen.-----

Auch kann ein abwesendes Mitglied des Aufsichtsrates ein anderes Aufsichtsratsmitglied schriftlich mit der

Vertretung für die einzelne Sitzung betrauen. -----

Das vertretene Aufsichtsratsmitglied ist bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit nicht mitzuzählen. -----

Die Sitzungsleitung kann dadurch jedoch nicht an einen Vertreter übertragen werden. -----

- 6) Beschlussfassungen auf schriftlichem Wege sind zulässig, wenn sie der Vorsitzende anordnet und kein Mitglied diesem Verfahren widerspricht. -----

Die Vertretung nach Absatz 5) (fünf) ist bei dieser Form der Beschlussfassung nicht zulässig. -----

- 7) Über die Beschlüsse des Aufsichtsrates ist eine Niederschrift aufzunehmen, die vom Vorsitzenden der betreffenden Sitzung zu unterfertigen ist. -----

Auf Verlangen eines Aufsichtsratsmitgliedes ist seine vom gefassten Beschluss abweichende Meinung in die Niederschrift aufzunehmen. -----

- 8) Willenserklärungen des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse werden vom Aufsichtsratsvorsitzenden, bei dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter, vorgenommen. -----

- 9) Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten grundsätzlich nur den Ersatz der Barauslagen bei Sitzungen. -----

Die Hauptversammlung kann jedoch beschließen, generell oder bestimmten Mitgliedern eine Vergütung zu gewähren. -----

Hauptversammlung

- 1) Die Hauptversammlung wird durch den Vorstand oder den Aufsichtsrat einberufen. Die Einberufung ist spätestens am 28. Tag vor einer ordentlichen Hauptversammlung, ansonsten spätestens am 21. Tag vor der Hauptversammlung zu veröffentlichen. -----
- 2) Die Hauptversammlungen werden am Sitz der Gesellschaft oder einer ihrer inländischen Zweigniederlassungen oder in einer Landeshauptstadt abgehalten. ---
- 3) Die Berechtigung zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung der in der Hauptversammlung geltend zu machenden Aktionärsrechte richtet sich nach dem Anteilsbesitz am Ende des zehnten Tages (Nachweisstichtag) vor dem Tag der Hauptversammlung.
- 4) Bei depotverwahrten Inhaberaktien genügt für den Nachweis des Anteilsbesitzes am Nachweisstichtag eine Depotbestätigung gemäß § 10a AktG, die der Gesellschaft spätestens am dritten Werktag vor der Hauptversammlung unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse zugehen muss. -----
- 5) Nicht als Werktag, sondern als Feiertag gelten im Sinne dieser Bestimmungen auch die Samstage, der Karfreitag und der 24. (vierundzwanzigste) Dezember. ---
- 6) Sofern ausschließlich Zwischenscheine ausgegeben sind, sind solche Aktionäre zur Teilnahme an der Hauptversammlung ausschließlich dann berechtigt, deren Anmeldung in Textform der Gesellschaft spätestens am dritten Werktag vor der Hauptversammlung unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse zugeht.

7) Den Vorsitz in der Hauptversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrates oder dessen Stellvertreter.

Mangels Anwesenheit einer dieser Personen hat der zur Beurkundung beigezogene Notar die Versammlung bis zur Wahl eines Vorsitzenden zu leiten. -----

Der Vorsitzende bestimmt die Form der Ausübung des Stimmrechts und das Verfahren zur Stimmenauszählung.

Der Vorsitzende leitet die Verhandlungen und bestimmt die Reihenfolge der Redner und der Behandlung der Gegenstände der Tagesordnung.

X.

Abschlussprüfer

Der Abschlussprüfer wird in der Hauptversammlung gewählt. Der Aufsichtsrat hat einen Vorschlag für die Wahl des Abschlussprüfers zu erstatten und unverzüglich nach der Wahl mit dem gewählten Prüfer den Vertrag über die Durchführung abzuschließen und das Entgelt, das in einem angemessenen Verhältnis zu den Aufgaben des Prüfers und dem voraussichtlichen Umfang der Prüfung zu stehen hat, mit dem Prüfer zu vereinbaren. -----

XI.

Jahresabschluss, Gewinnverteilung, Entlastung

- 1) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. -----
- 2) Innerhalb der ersten fünf Monate eines jeden Geschäftsjahres hat der Vorstand für das vergangene Geschäftsjahr den Jahresabschluss, den Lagebericht sowie den Corporate-Governance-Bericht nach Prüfung durch den Abschlussprüfer sowie den Vorschlag für die Gewinnverteilung dem Aufsichtsrat vorzulegen. Der Jahresabschluss, der Lagebericht sowie der Corporate-Governance-Bericht sind von sämtlichen Vorstandsmitgliedern zu unterzeichnen. -----
- 3) Die Hauptversammlung beschließt alljährlich in den ersten acht Monaten des Geschäftsjahres über die Verwendung des Geschäftsergebnisses, die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates, die Wahl des Abschlussprüfers und in den im Gesetz vorgesehenen Fällen über die Feststellung des Jahresabschlusses (ordentliche Hauptversammlung). -----

XII.

Bilanzgewinn

- 1) Der Bilanzgewinn der Gesellschaft wird auf die Aktionäre verteilt, soweit die Hauptversammlung keine andere Verwendung beschließt. Die Hauptversammlung kann den Bilanzgewinn ganz oder teilweise von der Verteilung ausschließen. -----

Die Gewinnanteile pro Aktie werden im Verhältnis der auf die Aktie geleisteten Einlagen und im Verhältnis zur Gesamtzahl aller Aktien berechnet. -----

Die Gewinnanteile sind, falls die Hauptversammlung nichts anderes beschließt, dreißig Tage nach Abhaltung der Hauptversammlung zur Zahlung fällig. -----

- 2) Binnen drei Jahren nach Fälligkeit nicht behobene Gewinnanteile der Aktionäre verfallen zugunsten der freien Rücklage der Gesellschaft. -----